coopératives d'habitation Suisse

fédération des maîtres d'ouvrage d'utilité publique

cooperative d'abitazione svizzera

federazione dei committenti di immobili d'utilità pubblica

MEDIENMITTEILUNG

Bern, 14. März 2023

Wohnungsnot: Wohnbaugenossenschaften Schweiz fordert Massnahmen

Wohnbaugenossenschaften Schweiz forderte heute an einem Sessionsanlass die Mitglieder des Bundesparlaments auf, das Thema Wohnungsnot zuoberst auf die politische Agenda zu setzen. Der Verband verlangt vom Bund, nicht mehr benötigte Areale für den gemeinnützigen Wohnungsbau zur Verfügung zu stellen. Auch soll dieser den wohnungspolitischen Handlungsspielraum der Gemeinden erweitern, indem er ihnen ein Vorkaufsrecht für geeignete Areale einräumt.

An einem Sessionsanlass diskutierte heute der Verband Wohnbaugenossenschaften Schweiz mit Parlamentarierinnen und Parlamentariern und dem Bundesamt für Wohnungswesen Lösungsansätze für die Wohnungsnot. Martin Tschirren, Direktor des Bundesamts für Wohnungswesen, erläuterte, dass der Bundesrat in diesem Jahr mit einem Mangel von knapp 20'000 Wohnungen rechnet. Das hat Einfluss auf den Gesamtwohnungsmarkt: Das knappe Angebot wird die Mietpreise noch weiter in die Höhe treiben – zu einer Zeit, in der die Mieten aufgrund der Inflation und des steigenden Referenzzinssatzes ohnehin schon spürbar ansteigen werden. «Es braucht darum dringend mehr bezahlbaren Wohnraum», sagte Eva Herzog, Ständerätin Basel-Stadt (SP) und Präsidentin von Wohnbaugenossenschaften Schweiz. «Ein Garant für preisgünstige Wohnungen sind die gemeinnützigen Wohnbauträger, die nicht gewinnorientiert wirtschaften. Es braucht nun rasch Massnahmen, um den Anteil der gemeinnützigen Wohnungen zu erhöhen.»

Massive Mietpreissteigerungen bei den gewinnorientierten Wohnungsanbietern

Weshalb der gemeinnützige Wohnungsbau Lösungen bietet gegen die Wohnungsnot, illustrierte Manuela Weichelt, Nationalrätin Zug (Grüne) und Vorstandsmitglied von Wohnbaugenossenschaften Schweiz. «Gemeinnützige Wohnungen sind nicht nur günstiger, sie bleiben es auch.» Ein Blick auf die Veränderung der Nettomietpreise in der Stadt Zürich über die letzten zwanzig Jahren zeigt: Während die Quadratmeterpreise bei nicht gemeinnützigen 3-Zimmer-Wohnungen seit dem Jahr 2000 um 32 Prozent teurer wurden, betrug der Preisanstieg bei gemeinnützigen Bauträgern lediglich 11 Prozent. «Ausserdem gehen Wohnbaugenossenschaften viel sparsamer mit dem knappen Boden um», so Manuela Weichelt. In gemeinnützigen Wohnungen beträgt der Wohnflächenverbrauch pro Kopf nur 36 Quadratmeter – elf Quadratmeter weniger als der Schweizer Durchschnitt. «Es macht deshalb Sinn, nicht einfach mehr Wohnungen zu bauen, sondern vor allem mehr gemeinnützige Wohnungen zu ermöglichen.»

Besserer Zugang zu Bauland gefordert

Der Verband Wohnbaugenossenschaften Schweiz fordert deshalb eine stärkere Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus und Massnahmen, die gemeinnützigen Wohnbauträgern Zugang zu geeigneten Grundstücken ermöglichen. So verlangt der Verband, dass der Bund sowie bundesnahe Betriebe wie die SBB nicht mehr gebrauchte Areale für gemeinnützigen Wohnungsbau zur Verfügung stellen. Auch soll der Bund den wohnungspolitischen Handlungsspielraum der Gemeinden erweitern, indem er ihnen die Möglichkeit gibt, mit einem Vorkaufsrecht Land zu erwerben für gemeinnützigen Wohnungsbau. Zudem könnte der Bund Gemeinden beim Landkauf unterstützen, etwa mit Beiträgen aus einem neuen Landerwerbsfonds.



coopératives d'habitation Suisse

fédération des maîtres d'ouvrage d'utilité publique

cooperative d'abitazione svizzera

federazione dei committenti di immobili d'utilità pubblica

Wohnbaugenossenschaften Schweiz ist die Dachorganisation von mehr als 1'250 Wohnbaugenossenschaften und weiteren gemeinnützigen Wohnbauträgern mit insgesamt über 150'000 Wohnungen. Der 1919 gegründete Verband steht im Dienste seiner Mitglieder, die auf gemeinnütziger Grundlage preisgünstigen Wohnraum erstellen und bewirtschaften. Zusammen mit ihnen strebt er im ganzen Land eine ausreichende Versorgung mit preisgünstigem, vorzugsweise genossenschaftlichem Wohnraum an. www.wbg-schweiz.ch, <u>info@wbg-schweiz.ch</u>

Pressekontakte

Eva Herzog, Präsidentin: 079 790 34 79, eva.herzog @parl.ch Manuela Weichelt, Vorstandsmitglied: 079 792 53 15, manuela.weichelt @parl.ch Urs Hauser, Direktor: 044 360 26 64, urs.hauser @wbg-schweiz.ch

Medienstelle Wohnbaugenossenschaften Schweiz: 044 360 26 66, rebecca.omoregie @wbg-schweiz.ch